zugestellt durch Österreichische Post

FPÖ
Unsere Gemeinde
Unsere Heimat

FREIHEITLICHER GEMEINDEKURIER
Persenbeug-Gottsdorf

Ausgabe · Oktober/November 2026 | 562052/2026
Impressum: FPÖ Niederösterreich | Purkersdorfer Straße 38, 3100 St. Pölten



Asyl- und Zivilschutz-Landesrat Martin Antauer [Mitte] mit Bernhard Seidel und Julian Olle. LR Antauer kommt am Dienstag, 10.11., zu uns in die Gemeinde (Einladung siehe Rückseite).

Zivilschutz gibt Sicherheit

Der Niederösterreichische Zivilschutzverband (NÖZSV) hat Persenbeug-Gottsdorf am 23. Juni offiziell als „Krisensichere Gemeinde“ ausgezeichnet. Zuvor wurde ein Krisen- und Katastrophenschutzplan erstellt und eine Stabsschulung samt Stabsrahmenübung absolviert. Zudem hielt GR Bernhard Seidel am 12. August in der NÖ-Zivilschutzzentrale einen Vortrag über Kontrollmethoden gegen lokale Epidemieausbrüche. Unsere Arbeiten für eine krisensichere Gemeinde gehen weiter!









Mutig neue Wege gehen: Strukturreformen statt Gebührenerhöhungen



GR Julian Olle mit dem Welser Bürgermeister Dr. Andreas Rabl

Die finanzielle Lage unserer Gemeinde spitzt sich dramatisch zu, weil echte strukturelle Reformen fehlen. Der Schuldenstand droht durch massive Darlehensaufnahmen bis 2030 auf bis zu 7,8 Millionen Euro anzuwachsen. Die FPÖ hat dem Voranschlag 2026 nicht zugestimmt, weil die gesetzten Maßnahmen nicht ausreichen. Im Rahmen der Budgetdebatte hat die SP-VP-Regierung sachlich und konstruktive Beiträge von gewählten Bürgervertretern ignoriert.

Es benötigt strukturelle Einsparungen, um die Bürger nicht weiter über Gebühren zu belasten. Dass eine solche verantwortungsvolle Politik funktioniert, zeigt etwa FPÖ-Bürgermeister Dr. Andreas Rabl in Wels vor – mit Schuldenfreiheit und stabilen Gebühren. Das Negativbeispiel liefert das SPÖ-geführte Wien: Ein explodierender Schuldenberg, ein trotz Digitalisierung immer weiter aufgeblähter Verwaltungsapparat und uferlose Sozialkosten – befeuert durch die Alimentierung von Zuwanderern.

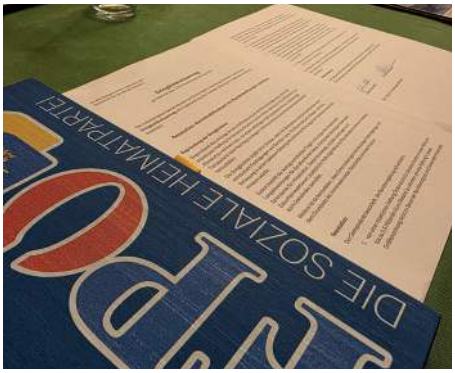
Für eine Gemeinde unserer Größenordnung liegt der Schlüssel in Verwaltungsmodernisierung und Kooperation: Isolierte Digitalisierungsprojekte sparen wegen hoher Lizenzkosten jedoch nicht unbedingt Geld. Echtes Potenzial entsteht erst durch Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden.

Wir fordern daher echte Strukturreformen: Im Gemeinderat sollte eine Arbeitsgruppe für Verwaltungsmodernisierung, Digitalisierung und Gemeindekooperationen eingerichtet werden, die etwa die Digitalisierung des Bauamts vorantreibt. Um IT-Kosten mit mehreren Nutzern zu teilen, muss der Bürgermeister transparente Controlling-Daten vorlegen. Das entlastet das Budget und die Gemeindegebühren müssten nicht ständig weiter erhöht werden.

GR Julian Olle



Geld für unsere Gemeinden aus dem Finanzausgleich statt fürs Ausland, Rüstung und Asyl



Die Missachtung unserer Neutralität richtet enorme finanzielle Schäden an. Der Freiheitliche Gemeindevertreterverband hat auf Vorschlag von GR Julian Olle eine niederösterreichweite Initiative mit dem Titel ‚Gemeindefinanzen vor Bundeshaftungen schützen!' gestartet. Dabei ging es gegen die Besicherung eines 5,5-Milliarden-Kriegskredites für die Ukraine – Geld, das Österreich letztlich als Schenkung abschreiben wird müssen. Für die rund 2.500 heimischen Gemeinden würde diese Summe rechnerisch über zwei Millionen Euro an direkter Haushaltshilfe bedeuten.

Um drohende Schieflagen im Budget abzuwenden, sind kleine Einsparungen und immer weitere Belastungen der Gemeindebürger nicht die rechte Lösung. Der große Brocken heißt nämlich „Finanzausgleich" von Bund, Ländern und Gemeinden, der absehbar immer weiter geringer ausfallen wird: Die Gründe dafür sind etwa die ca. 6000 Behandlungen pro Tag im Gesundheitsbereich für das Asylwesen, die es nach den Dublin-Verträgen I., II. so gar nicht in Österreich geben dürfte, die Netto-Zahlungen an Brüssel, obwohl eine Finanz-Kuratel der EU besteht, weiters gibt der Bund trotz Neutralitätsverpflichtung für ein NATO-Radarsystem 6 Milliarden Euro aus, obwohl dieses „Sky-Shield" den modernen Technologien nicht mehr folgen kann. In schlechter Erinnerung sind noch die Corona-Hilfen, die in schwindelerregender Höhe ausgeschüttet wurden. Diese Gelder fehlen nicht nur dem Gesundheitssystem, sondern insbesondere auch uns allen in der Gemeinde. Wir wollen eine verantwortungsvolle Politik, die der Bevölkerung unserer Gemeinde dient. Unsere Anträge dafür wurden im Gemeinderat abgelehnt!

Es drohen Mercosur- und Ukraine-Importe!

Auf europäischer Ebene gab es durch das Mercosur-Handelsabkommen eine wesentliche Veränderung. Davon sind die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit österreichischer Landwirte als auch die Lebensmittelsicherheit sowie der Lebens- und Wirtschaftsraum von Gemeinden unmittelbar betroffen. Bedroht werden regionale Lebensmittelproduktion, Nahversorgung, Umwelt und die Konsumenten. Die Situation führt zum allgemein bekannten Bauernsterben und zu fremden Abhängigkeiten bis hin zu einer möglichen Nahrungsmittelknappheit.
Unser Freiheitlicher Gemeindevertreterverband hat alle niederösterreichischen Gemeinderäte aufgefordert, eine Anerkennung in den Gemeinden für den fairen Wettbewerb der Bauern und auch für Transparenz bei Herkunft und Qualität von Lebensmitteln zu erwirken. Eine diesbezügliche „Resolution" an die Bundesregierung konnte auf Grund der Ablehnung der regierenden Parteien in der Gemeinde nicht auf den Weg gebracht werden.



DIENSTAG
10
NOVEMBER

EINLADUNG ZUM
STAMMTISCH
MIT ASYL-LANDESRAT MARTIN ANTAUER

EINLASS: 18.00 UHR
BEGINN: 19.00 UHR

GASTHOF BÖHM
HAUPTSTRASSE 16, 3680 PERSENBEUG

ALLE SIND HERZLICH ZU DIESER VERANSTALTUNG EINGELADEN!

WIR FREUEN UNS AUF EUER KOMMEN!

KLARE VERHÄLTNISSE – ALLES FÜR ÖSTERREICH

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs | Friedrich-Schmidt-Platz 4/3a, 1080 Wien